

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Für ein wirkliches Programm zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung gegen die Krise

Der Inhalt des „Konjunkturpaketes“, das die Große Koalition am 12. 1. beschließen und schon am 14. 1. im Bundestag einbringen will, zeichnet sich inzwischen klar ab.

Für die SPD haben Steinmeier und Steinbrück einen Vorschlag vorgelegt, in dem die wichtigsten Forderungen der Union aufgenommen wurden. Dieser Vorschlag der „engeren SPD-Führung“ um Steinmeier, Steinbrück, Müntefering, schockiert mit einer erschreckenden Verantwortungslosigkeit gegenüber der existenziellen Bedrohung der gesamten arbeitenden Bevölkerung und Jugend durch die hereinbrechende Weltwirtschaftskrise.

Sie stellen das „Konjunkturpaket“ unter das Signal von „Wachstum und Stabilität“ in einer Situation, wo die erst beginnende Krise schon 100.000e Leiharbeiter auf die Straße geworfen hat und nun 300.000 KollegInnen in Kurzarbeit gehen sollen. In einer Situation, wo die Warnungen zunehmen, dass Deutschland in die tiefste Rezession der Nachkriegszeit abzustürzen droht, mit einer verheerenden Welle der Arbeitsplatzvernichtung und der Explosion der Massenarbeitslosigkeit.

Die drei SPD-Führer scheuen sich nicht, davon zu reden, aus der „Krise eine Chance“ zu machen und die Basis für den „nächsten Aufschwung“ zu legen. Von betrügerischer Verantwortungslosigkeit zeigt auch ihr Loblied auf die „Strukturreform-Politik der Agenda 2010“, mit der besonders die Regierung Schröder und dann Merkel unser Land „gut gerüstet“ hätten.

Hat nicht gerade die Agenda mit ihrer radikalen Umverteilungspolitik von unten nach oben, der konsequenten Förderung der Spekulation, von Gewinnen und Rendite auf Kosten der öffentlichen- und Massenverarmung, der sozialen Demontage, der Zersetzung des Tariflohngefüges,

aus Deutschland ihren Beitrag für das Ausbrechen der Krise geleistet? Dabei bilden alle vom „Konjunkturpaket“ vorgesehenen Maßnahmen ein – allerdings äußerst notdürftiges – Flickwerk der Zerstörungen der Sozialstaatserrungenschaften durch eben jene Agenda-Politik:

so die Investitionen in eine öffentliche Infrastruktur, die durch die Agenda-Politik ruiniert wurde; die „Ankurbelung des Konsums“, nachdem die Agenda-Politik eine beispiellose Massenverarmung produziert und Arbeitslose mit Hartz IV in soziale Not gestürzt hat; die Aufhebung der einseitigen 10-Milliarden-Belastung der ArbeitnehmerInnen bei der Krankenversicherung – die nur eine der vielen schmerzlichen Belastungen aller Kranken durch die Agenda-Politik war.

Wer soll das bezahlen?

Wen will die Regierung das 50-Mrd.-Konjunkturpaket finanzieren lassen?

Niemand erwartet von der Großen Koalition, dass sie dafür die Krisenverantwortlichen, die großen Eigentümer und Anteilseigner an Vermögen und Kapital, die Spekulanten, Bankiers und Konzern-eigentümer heranzieht.

Diese Regierung hat die 500 Milliarden an Bürgerschaft und Krediten aus dem Staatshaushalt aufgeboden, um sie jenen Verantwortlichen für die Krise anzubieten als frische Nahrung für die Spekulation und zur Verteidigung und Förderung ihrer Gewinne. Die Kredite für die produktive Wirtschaft und für öffentliche Investitionen bleiben aus; 10.000e Arbeitsplätze werden im Bankensektor vernichtet; diese immense Neuverschuldung des Staates wird die Bevölkerung teuer bezahlen.

Eine erste Maßnahme zum Schutz der Gesellschaft vor der Krise ist darum der sofortige Stopp und die Aufhebung dieses skandalösen „Banken-Rettungs-Planes“.

Das erste „Konjunkturpaket“ und die 50 Mrd. des neuen Paketes sollen ebenfalls durch Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte finanziert werden. Um auch für letzte Klarheit zu sorgen, schreibt die Große Koalition gleichzeitig die Verankerung einer Neuverschuldungsgrenze von 0,5 % im Grundgesetz vor: die unkontrolliert anwachsende Neuverschuldung soll bald mit noch brutaleren Einschnitten in die gesamten noch erhaltenen sozialstaatlichen Errungenschaften von der Gesellschaft bezahlt werden. So soll dem europäischen Stabilitätspakt Respekt verschafft werden, worauf das „Konjunkturpaket“ eindringlich schwört.

Gibt es einen anderen Weg, um eine weitere Ruinierung der öffentlichen Haushalte durch die Umverteilungspolitik im Rahmen der Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte zu verhindern, als die Verstaatlichung der Privatbanken und ihrer Vermögenswerte, die Beschlagnahme des auf Spekulation ausgerichteten Kapitals und seine Reinvestition in die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge, in die Produktion?

Gibt es einen besseren Weg zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Stärkung der Kaufkraft, als die Finanzierung des dringenden Sanierungsbedarfs der Schulen, Kitas, Krankenhäuser, Unis... sowie des fehlenden Personals?

Wäre nicht die Aufhebung von Hartz IV, sowie das Verbot von Leiharbeit, Dumpinglöhnen und Tariffucht, und die Integration aller Billiglöhner in die gewerkschaftlichen Flächentarifverträge, ein kräftiger Impuls für die Kaufkraft?

Der DGB fordert ein 100-Mrd. Sofortprogramm über 2 Jahre. Der DGB und die 60 SPD-Verantwortlichen mit dem Aufruf „für mehr soziale Gerechtigkeit“ fordern ein umverteilungswirksames Steuerkonzept, d.h. sie wollen, dass das große

(Forts. auf S. 2 oben)

Für ein wirkliches Programm zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung gegen die Krise (Forts. v. Seite 1)

Eigentum an Vermögen und Kapital die Maßnahmen zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung und Jugend vor der Krise finanziert.

Ver.di verlangt ein „Kündigungsverbot“. Die IG-Metall-Führung fordert „keine Entlassung in 2009“. Die Arbeitgebervertreter versprechen gern „gemeinsame Bemühungen“ darum und lehnen jede Verpflichtung und Garantie dafür ab. Umso nachdrücklicher verlangen sie das „gemeinsame Engagement“ mit den Gewerkschaften dafür, alle Instrumente zu nutzen für den „sozialverträglichen Abbau von Arbeitsplätzen“, für Lohnkürzungen, Tarifabweichungen aller Art, für die Ausweitung der von den Arbeitnehmer-Sozialkassen bezahlten Kurzarbeit, für befristete Produktionsstilllegungen usw. Alles immer im Namen der Vermeidung von Entlassungen, Massenentlassungen.

Das kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein.

Der wirkliche Schutz der Arbeitsplätze verlangt das Verbot jeder Entlassung und Kündigung, den Stop jeder Arbeitsplatzvernichtung.

Der wirkliche Schutz der Löhne verlangt das Verbot der Lohnkürzung, Tarifabweichung und Tarifflicht jeder Art.

Den Unternehmens- und Konzernvorständen, den Anteilseignern und Finanzinvestoren, muss die Entscheidungsgewalt über Produktionsstilllegungen, Verlagerungen und Vernichtung von Arbeitsplätzen aus der Hand genommen werden. Die Produktion und Arbeitsplätze müssen unter staatlichen Schutz gestellt werden, wie es SozialdemokratInnen und GewerkschaftskollegInnen aus NRW gefordert haben (s. »Soziale Politik & Demokratie«, Nr. 201).

Ver.di ruft auf zur Mobilisierung

Der Bundesvorstand von ver.di hat in einer Resolution vom 5. Dezember zur Mobilisierung der ArbeitnehmerInnen, der arbeitenden Bevölkerung und Jugend dagegen aufgerufen, dass die zerstörerischen Kosten der Krise auf die Bevölkerung abgewälzt werden.

Ist es nicht die Aufgabe der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften des DGB und der SozialdemokratInnen, die es ernst meinen mit der Verteidigung der Bevölkerung gegen die Krise, für die vereinte Mobilisierung der Arbeiterschaft und Jugend einzutreten: für wirkliche Maßnahmen zum Schutz gegen die Krise, in deren Zentrum das Verbot von Entlassungen, Kündigungen, Arbeitsplatzvernichtung und Lohnkürzungen stehen sollte?

CARLA BOULBOULLÉ

Europäische Arbeitnehmerkonferenz für die Aufhebung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs – Paris, 7.-8. Februar 2009

Brief Nr. 4 zur Vorbereitung der Konferenz ist erschienen.

Der Brief enthält einen Beitrag von Themistoklis Kotsifakis, Generalsekretär der Gewerkschaft der Oberstufenlehrer in Griechenland (OLME), Mitglied des Hauptvorstands des Europäischen Gewerkschaftskomitees Bildung. Themistoklis Kotsifakis hat um die Veröffentlichung in dem Vorbereitungsbulletin gebeten, da er die Ansicht vertritt, dass die Situation in Griechenland direkt mit der EU-Politik zusammenhängt.

Weitere Informationen, die bisherigen Briefe zur Vorbereitung und Anmeldungen zur Europäischen Arbeitnehmerkonferenz für die Aufhebung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs können über die Anschrift der Redaktion bezogen werden.

Der Konferenzbeitrag beträgt 50 Euro.



Demonstration in Athen beim Generalstreik am 10. Dezember

Nr. 203 – Aus dem Inhalt

**AfA-Frankfurt/Main:
Wir halten fest am Wählerauftrag für den politischen Wechsel**

**Metaller-Betriebsrat:
„Wir brauchen Verstaatlichung der Schlüsselindustrien“**

Deutsche Regierung hat kein Mandat für Kriegseinsatz in Afghanistan und weltweit

SOFORTIGER STOPP DES MASSAKERS IN GAZA

IMPRESSUM: Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-täglich. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

Die „Redaktion Soziale Politik & Demokratie“ unterstützt die Initiativen der Internationalen Arbeitnehmerverbände (IAV). Sie hat die Verantwortung für die Veröffentlichungen der deutschen Ausgabe der »Internationalen Informationen« übernommen. In den »Internationalen Informationen« werden auch die Texte der „Europäischen Arbeitnehmerverbände“ veröffentlicht.

NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS: 15. 1. 2009

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie@t-online.de - Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen

gen bitte an diese Adresse schicken. /
www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboullé, Rainer Döring, Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gotthard Krupp, Volker Prasuhn, Birgit Schöller, Volkmar Schöne, Klaus Schröder, Hans Weigt, Monika Wernecke, Axel Zutz

HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast

Nordrhein-Westfalen:

Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach, Bodo Schoo, Beate Sieweke, Tina Hauptmann

Mecklenburg-Vorpommern:

Lothar Hesse

Sachsen:

Gaby Hahn, Cornelia Matzke

Sachsen-Anhalt:

Axel Bachner

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle

Hessen:

Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf Schulz, Horst Raupp

Baden-Württemberg: Michael Futterer

Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064

Der regelmäßige Bezug ist nur im Jahresabonnement möglich.

Jahresabonnement (inkl. Porto): 50,- Euro

Ermäßigtes Abonnement: 30,- Euro

Die »Internationalen Informationen« können als Zusatzabonnement zur »Sozialen Politik & Demokratie« zum zusätzlichen Preis von 10 € (bzw. 2,50 € Monatsrate) bezogen werden.

In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.

Konto: C. Boulboullé,

Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)

Kontonummer: 5629 455 002

V.i.S.d.P.: C. Boulboullé

Postfach 120 755; 10597 Berlin